Deutscher Bundestag **Drucksache 15/3582**

15. Wahlperiode 13. 07. 2004

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ernst Burgbacher, Gisela Piltz, Dr. Max Stadler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 15/3535 –

Beschleunigung des Entscheidungsprozesses zur Einführung des digitalen Funksystems für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben

Vorbemerkung der Fragesteller

Bund und Länder sind sich einig, dass die veralteten Analogfunknetze möglichst schnell durch ein neues digitales Sprech- und Datenfunksystem ersetzt werden müssen. Denn die vorhandene Analogtechnik ist nicht abhörsicher, störanfällig und entspricht somit nicht den technischen Sicherheitsstandards. Das dringend erforderliche digitale Sprech- und Datenfunksystem versetzt die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) erstmalig in die Lage, gemeinsame Informations- und Kommunikationsstrukturen aufzubauen und ohne Medienbruch zu nutzen. Die deutschen BOS, insbesondere auch die Polizei, können damit ein abhörsicheres Kommunikationsnetz mit allen Möglichkeiten der Datenanwendung nutzen und die damit gegebenen Möglichkeiten der Optimierung des täglichen Einsatzgeschehens, der Verbrechensbekämpfung bzw. Notfallvorsorge (Feuerwehr, Rettungsdienst, Katastrophenschutz) ausschöpfen.

Neben der deutlichen Verbesserung der erforderlichen Sprach- und Datenkommunikation und Ausschöpfung von Optimierungspotenzial der Sicherheitsbehörden durch Datenanwendung, soll es im Interesse des Schengener Abkommens und somit im zusammenwachsenden Sicherheitsraum Europa die grenzüberschreitende Kommunikation von Sicherheitsbehörden vereinheitlichen und ermöglichen.

Der Planungsstand des Bundesministeriums des Innern sieht vor, dass das förmliche Vergabeverfahren im 4. Quartal 2004 mit der Eröffnung des Teilnahmewettbewerbs startet. Im Rahmen dieses Wettbewerbs sollen leistungsfähige und zuverlässige Unternehmen ausgewählt werden, die am eigentlichen Vergabeverfahren teilnehmen. Die Veröffentlichung der Verdingungsunterlagen soll Ende dieses Jahres/Anfang 2005 erfolgen, sodass im Frühjahr 2005 mit den ersten Angeboten aus der Industrie zu rechnen sei. Aufgrund dieser Planungsperspektiven soll der Zuschlag für die Auftragsvergabe zur Einführung des BOS-Digitalfunksystems Anfang 2006 erfolgen können. Die flächendeckende Inbetriebnahme des Gesamtnetzes, der so genannte Roll-out, soll dann in Teilabschnitten vorgenommen werden.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 12. Juli 2004 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Das Bundesministerium des Innern führt zwei Argumente an, mit denen die Erteilung der Auftragsvergabe erst Anfang 2006 begründet wird. Zum einen beruft man sich auf die Dimension nationaler Komplexität des Projektes, zum anderen sei die Komplexität des Projektes noch durch die erforderliche Abstimmung zwischen Bund und Ländern gesteigert.

Auch das Land Österreich befindet sich zurzeit in einem Vergabe-/Beschaffungsverfahren bzgl. eines BOS-Digitalfunksystems. Für das in vier Phasen aufgeteilte Verfahren veranschlagt Österreich für seinen Entscheidungsprozess bis zur Vertragsvergabe lediglich sieben Monate.

Im Vergleich zur Planung des Bundesministeriums des Innern bedeutet dies eine Einsparung von gut einem Jahr in dem förmlichen Vergabeverfahren.

1. Was versteht die Bundesregierung konkret unter der „Dimension nationaler Komplexität des Projektes“, mit dem die Erteilung der Auftragsvergabe für ein digitales Sprech- und Datenfunksystem für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS-Digitalfunk) erst für Anfang 2006 begründet wird?

Der Begriff der „nationalen Komplexität“ gilt für das BOS-Digitalfunkprojekt in mehrfacher Hinsicht. Die Funkkommunikation der deutschen Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern stützt sich bislang auf zahlreiche, unterschiedliche und zugleich räumlich begrenzte analoge Funknetze. Künftig soll es in Deutschland nur noch ein bundesweit einheitliches und flächendeckendes digitales Kommunikationsnetz für alle Sicherheitsbehörden geben. Deshalb müssen zur Durchführung des Vergabeverfahrens insbesondere die vielfältigen taktischen Forderungen der BOS von Bund, Ländern und Gemeinden zusammengeführt werden. Diese Vorgehensweise bedingt komplexe Abstimmungsprozesse zwischen den beteiligten Dienststellen. Parallel zu diesen Arbeiten sind bereits Migrationskonzepte zu erstellen, um die abgestufte Umstellung vom analogen auf den digitalen Funk zu bewerkstelligen.

2. Wie weit ist die Abstimmung zwischen Bund und Ländern vorangeschritten?

Der Abstimmungsprozess zwischen Bund und Ländern richtet sich nach der im März 2004 von den Innenministern von Bund und Ländern unterzeichneten Dachvereinbarung. Das Verfahren folgt einem von Bund und Ländern konsentierten Projektplan, der nach derzeitiger Perspektive ein Vergabeverfahren in Form eines Verhandlungsverfahrens vorsieht. Zur Klärung wichtiger Grundsatzfragen für den Aufbau und Betrieb des digitalen Funknetzes entwickeln Bund und Länder derzeit ein so genanntes Präferenzmodell, welches als Grundlage der Ausschreibung dienen soll. Im Hinblick auf das bevorstehende Vergabeverfahren kann zu den Inhalten des laufenden Abstimmungsprozesses im Einzelnen jedoch keine Angabe gemacht werden.

3. Welcher konkrete Abstimmungsbedarf besteht noch zwischen Bund und Ländern?

Siehe Antwort zu Frage 2.

4. Welche Maßnahmen werden vonseiten der Bundesregierung unternommen, um eine Einigung zwischen Bund und Ländern vor Abschluss des förmlichen Vergabeverfahrens zu erreichen, die als Grundlage für die Vergabe des Auftrags für den Netzaufbau notwendig ist?

Gemäß der Dachvereinbarung haben Bund und Länder eine gemeinsame Projektorganisation eingerichtet, welche die Aufgabe hat, das Vergabeverfahren zur Einführung eines auf dem Mindeststandard GAN (Gruppe Anforderungen an das Netz) basierenden, mit bundeseinheitlicher Technik ausgestatteten digitalen Sprech- und Datenfunksystems vorzubereiten und durchzuführen. Ein Lenkungsausschuss, dem ein vom Bund und ein von jedem Land entsandter Staatssekretär/Staatsrat angehören, steuert und überwacht die Aufgabenerfüllung durch den Gesamtprojektleiter. Die Abstimmung erfolgt durch regelmäßige Sitzungen des Lenkungsausschusses, welche grundsätzlich durch die Treffen der Projektgruppenleiter von Bund und Ländern (Koordinierungskonferenzen) auf Arbeitsebene vorbereitet werden. Der Lenkungsausschuss hat insbesondere die Aufgabe, über die Vergabekriterien, den abschließenden Entwurf und die Veröffentlichung der Vergabeunterlagen zu entscheiden.

5. Welche Beträge sind nach Informationen der Bundesregierung in den Haushalten der Länder – insbesondere für die Jahre 2005/2006 – eingestellt?

Die Bundesregierung verfügt aufgrund noch laufender Verfahren zur Haushaltsaufstellung für 2005 und 2006 derzeit über keine belastbaren Informationen zum Umfang der Haushaltsvorsorge in den Ländern.

6. Wie ist die Finanzverteilung zwischen Bund und Ländern bei Aufbau, Betrieb und Wartung eines Digitalfunknetzes geplant?

Gemäß der Besprechung der Regierungschefs der Länder mit dem Bundeskanzler am 18. Dezember 2003 muss die Kostenverteilung vor Abschluss der Rahmenvereinbarung (Rahmenvertrag) mit dem Auftragnehmer geregelt werden. Der Bund hat den Ländern zugesichert, für alle Länder den gleichen Finanzierungsschlüssel anzuwenden.

7. Wenn keine Finanzverteilung geplant wurde, wie kann eine Ausschreibung durchgeführt werden ohne eine diesbezügliche Festlegung?

Gegenstand der Ausschreibung soll nach derzeitiger Planungsperspektive ein Rahmenvertrag sein, aus dem Bund und Länder als Bedarfsträger Einzelabrufe tätigen können. Auf dieser Grundlage ist die Haushaltsvorsorge zu treffen.

8. Ist der Bundesregierung bekannt, dass Österreich lediglich sieben Monate für seinen Entscheidungsprozess bis zur Vertragsvergabe veranschlagt hat?

Ja.

9. Wie bewertet die Bundesregierung den Umstand, dass das förmliche Vergabeverfahren des Bundesministeriums des Innern bis zu einem Jahr länger als das in Österreich ist, und warum ist ein solcher Zeitplan nicht auch für Deutschland möglich?

Nach dem Scheitern des österreichischen Digitalfunkprojekts „ADONIS“ im Herbst 2003 hat das österreichische Bundesministerium des Innern das aktuelle Projekt „Digitalfunk BOS-Austria“ gemeinsam mit einem Land (Tirol) ausgeschrieben. In Deutschland ist eine gemeinsame Ausschreibung des Bundes mit allen Ländern beabsichtigt, die sorgsamer und zeitintensiver Vorbereitung bedarf.

10. Sind der Bundesregierung andere Länder bekannt, die sich in Vorbereitung auf eine Vertragsvergabe für den BOS-Digitalfunk befinden bzw. in denen das Vergabeverfahren bereits abgeschlossen ist?

Ja.

11. Wenn ja, in welchem zeitlichen Rahmen ist in diesen Ländern das Verfahren bis zur Vertragsvergabe geplant bzw. wurde das förmliche Vergabeverfahren abgeschlossen?

Im Auftrag der Bundesregierung wurden die Länder Großbritannien, Schweden, Österreich und die Tschechische Republik bereist, um Informationen über die dortigen BOS-Digitalfunkprojekte einzuholen. Zudem hatte das finnische Innenministerium in Zusammenarbeit mit der finnischen Botschaft zu einer Informationsveranstaltung am 4. Mai 2004 eingeladen und umfassend über das finnische BOS-Digitalfunkprojekt „Virve“ berichtet. Die gesammelten Informationen sind der beigefügten Übersicht zu entnehmen.

Anlage 1: Zusammenstellung zu ausgewählten BOS-Digitalfunkprojekten in Europa*

Staat (Fläche)/BS/ Anzahl der Nutzer	Politische Entscheidung/Vorplanung	Art und Dauer der Vergabeverfahren vom Beginn der Ausschreibung bis zum Beginn des Roll-Outs	Roll-Out	Kosten, Finanzierungsmodelle (Invest, Gebühren), Kosten/Nutzer	Risiken aus Sicht der jeweiligen Projektleiter	Erfolgsfaktoren aus Sicht der jeweiligen Projektleiter	Besonderheiten
Finnland (338 145 km²) 1200 BS/ derzeit 30 000; 2006 sind 100 000 geplant	Anfang der 90er Jahre	Ausschreibung für Netzaufbau und Betrieb nach nationalem Recht. **Mai 1996:** Veröff. Vergabeunterlagen; **1997:** Projektbeginn; **1998:** Beginn Roll-Out. ***Dauer: 2 Jahre***	1998–2003 Abschluss der Migration bis 2006	Gesamtkosten für Netzaufbau bis 2003 ca. 147 Mio. Euro; Betrieb 1999–2003 35 Mio. Euro p. a.; ab 2006 17,5 Mio. Euro p. a. geplant	keine Angaben	– Planung und Steuerung aus einer Hand – Bereitschaft zu umfassenden Investitionen durch den Staat	– Getrennte Ausschreibung von Netzaufbau und Betrieb
Großbritannien (230 000 km²) ca. 3 200 BS/ derzeit ca. 40 000; 2006 sind ca. 110 000 geplant	**1993:** Bericht zum Kommunikationswesen der BOS in GB; **1995:** Vorabinformation **1996:** Vorabinformation im Abl. EG; **Juli 2000:** HH-Mittel zur (Teil-)Finanzierung bereitgestellt	Verhandlungsverf. nach EU-Recht. **August 1996:** Veröff. Vergabeunterl.; **Dez. 1998:** Beginn der Verhandlungen; **Feb. 2000:** Zuschlag; **Nov. 2000**: Beginn Pilotphase; **Sept. 2001**: Beginn Roll-Out. ***Dauer: 5 Jahre***	2001–2006	Gesamtkosten ca. 1,8 Mrd. £, Betriebskosten 174,25 Mio. £ p. a.	– Feuerwehren konnten nicht für das Digitalfunknetz gewonnen werden; zus. Teilnehmer wirken sich für Polizei nicht kostensenkend aus; Gewinn allein bei O2 – Verfahren zur Güteprüfung Funkversorgung musste mühsam entwickelt werden – Probleme b. Standortakquisition	– Planung und Steuerung aus einer Hand in enger Abstimmung mit den Bedarfsträgerm	– Festlegung auf TETRA vor der Ausschreibung – GB blieb mit einem einzigen Bieter zurück-mmO2 – Rüge durch EU-Kom wegen Festlegung auf TETRA
Österreich (83 858 km²)	Nach dem endgültigen Scheitern von ADONIS im **Herbst 2003** wurde die Entscheidung für ein neues Vergabeverfahren getroffen	Dienstleistungskonzession nach nationalem Recht. **Dez. 2003:** Veröffentl. der Vergabeunterlage; **März 2004**: Beginn der Verhandlungen; **22. Juni 2004:** Zuschlag; **Herbst 2004**: Beginn Roll-Out. ***Geplante Dauer: ca. 1 Jahr***	geplant: 2004–2008	keine Angaben	– Gewinnung der anderen Bundesländer/Festlegung des Nutzerkreises gestaltet sich problematisch	– Als Erfahrungen aus dem Scheitern von ADONIS: vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer	– Systemoffene Ausschreibung einer Dienstleistungskonzession

* Die Angaben basieren auf Auskünften der jeweils zuständigen Projektleiter der BOS-Projekte in den aufgeführten Ländern.

Staat (Fläche)/BS/ Anzahl der Nutzer	**Politische Entscheidung/Vorplanung**	**Art und Dauer der Vergabeverfahren vom Beginn der Ausschreibung bis zum Beginn des Roll-Outs**	**Roll-Out**	**Kosten, Finanzierungsmodelle (Invest, Gebühren), Kosten/Nutzer**	**Risiken aus Sicht der jeweiligen Projektleiter**	**Erfolgsfaktoren aus Sicht der jeweiligen Projektleiter**	**Besonderheiten**
Schweden (450 000 km²) ca. 2000 BS/ 30 000–50 000	**2002:** RAKEL-Gründung, Erstellung Machbarkeitsstudie **Frühj. 2003:** Entsch. der Regierung; **Dez. 2003:** Reichstag billigt HH-Ansatz	Verhandlungsverfahren nach EU-Recht. **Juni 2003**: Veröffentl. der Vergabeunterlage; **Jan. 2004:** Beginn der Verhandlungen; **1. 4. 2004:** Zuschlag; **Sommer 2004:** Beginn Roll-Out. ***Geplante Dauer: ca. 1 Jahr***	geplant: 2004–2009	Gesamtkosten ca. 250 Mio. Euro	– Anhängige Rechtsschutzverfahren der unterlegenen Bieter Motorola und Marconi mit Suspensiveffekt	– Planung und Steuerung aus einer Hand – Bereitschaft zu umfassenden Investitionen durch den Staat	– Netzplanung und Errichtung auf BOS-Standorten, enge Kontrolle durch RAKEL
Tschechische Republik (78 866 km²) 218 BS/ 26 450 im Jahr 2005	**1993:** Entscheidung für die Beschaffung eines Digitalfunknetzes **1998–1999:** Machbarkeitsstudien zur landesweiten Verdichtung des Netzes **2001:** Entscheidung zur weiteren Verdichtung des Netzes	**1994:** Offene Ausschreibung für nationales Netz; einziger Bieter: Matra (EADS-Telecom); **1995:** Errichtung eines Teilnetzes für die größeren Städte CZs; **2001:** Entscheidung zum weiteren Netzausbau/-verdichtung des Tetrapolnetzes ohne erneute Ausschreibung. ***Dauer: 5–6 Jahre***	1995–1998 1999–2003	keine Angaben	– Verhandlungen mit Matra/EADS aufgrund von Monopolstellung schwierig – hohe Kosten bei den Endgeräten – Probleme b. Standortakquisition	– Planung und Steuerung aus einer Hand, – Bereitschaft zu umfassenden Investitionen durch den Staat	– weitgehender Eigenbetrieb – Innenministerium stellt anderen BOS das Netz kostenlos zur Verfügung



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333